



Dringlicher Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend in die Zukunft investieren – Erneuerbare Energien und Stromnetze ausbauen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die katastrophalen Ereignisse von Fukushima haben die Frage nach der Sicherheit von Atomkraftwerken in Deutschland neu entfacht und dazu geführt, dass die sieben ältesten Atomkraftwerke, darunter auch Biblis A und B, vom Netz genommen wurden. Der Landtag sieht in diesem Moratorium die Chance, die Weichen in Richtung eines schnelleren Ausbaus der erneuerbaren Energien zu stellen und in Hessen die Energiewende entschieden und schnellstmöglich voranzubringen. Dem Landtag liegen dazu Konzepte vor, die belegen, dass der Strombedarf in Hessen bis zum Jahr 2030 komplett aus erneuerbaren Energien gedeckt werden kann.
2. Der Landtag erkennt an, dass für den notwendigen schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien leistungsfähige und intelligente Stromnetze unverzichtbar sind. Für die sich wandelnden Strukturen in Richtung der erneuerbaren Energien im Energiemarkt sind sowohl eine Verstärkung der Übertragungsnetze als auch eine Modernisierung der vorhandenen dezentralen Verteilnetze erforderlich. Dies gilt insbesondere zur Verteilung des Stroms von Offshore-Windenergie aus dem Norden mittels leistungsfähiger Übertragungsleitungen.
3. Der Landtag sieht, dass zukünftig neben der Energie aus Offshore-Windparks in Deutschland der Transfer erneuerbarer Energien mit europäischen Ländern eine größere Rolle spielen wird. Längerfristig könnten auch Länder außerhalb Europas, wie Mittelmeeranrainer, in den Verbund mit einbezogen werden. Ziel muss es daher sein, ein europäisches Verbundnetz zu schaffen, das eine hohe Versorgungssicherheit garantiert und Lastspitzen bzw. –senken besser ausgleichen kann.
4. Der Landtag ist der Auffassung, dass daneben die Potenziale der erneuerbaren Energien für die Energiewende vor Ort erschlossen werden müssen und die dazu notwendigen Verteilnetze bereitzustellen sind. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Ausbau der dezentralen Energieversorgung in Hessen entsprechend zu beschleunigen und zu fördern. Die dezentrale Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien kann in einem intelligenten Netz problemlos integriert werden und sorgt außerdem für mehr Versorgungssicherheit.
5. Der Landtag erkennt, dass aufgrund der zukünftig erheblich veränderten Rahmenbedingungen für die Energieerzeugung und -versorgung eine neue Netzbedarfsstudie ausgearbeitet werden muss. Der Bedarf muss den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien insbesondere auch im Binnenland und die notwendigen Zwischenspeichermöglichkeiten von Strom berücksichtigen.
6. Der Landtag bittet die Bundesregierung um die Erarbeitung eines Bundesfachplans Stromübertragungsnetze, der auf die schnellstmögliche Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien ausgerichtet ist. Um die dringend notwendige gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen, sollen die dafür erforderlichen Netzdaten und Lastflüsse veröffentlicht und die Öffentlichkeit bei der Planerstellung beteiligt werden.
7. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort müssen von der Notwendigkeit des Ausbaus der Stromnetze überzeugt, regionale Blockaden gelöst und die notwendigen Entscheidungen getroffen werden. Für den Netzausbau müssen jedoch die Interessen der Menschen ernstgenommen und aufgegriffen werden. Der

Landtag hält es daher für unbedingt notwendig, eine umfassende Bürgerbeteiligung vor Beginn und während der Projekte sicherzustellen.

8. Zur Behandlung anstehender Fragen zur Umsetzung des Netzausbaus ist eine Arbeitsgruppe im Rahmen des hessischen Energiegipfels gebildet worden, die sich bis September 2011 u.a. mit folgenden Themen befasst: Verfahrensbeschleunigung, Finanzierung, Stellung des Naturschutzrechts, Trassenplanung, Bürgerbeteiligung im Planungsrecht und dessen Beschleunigung sowie Bundesnetzplan. Der Landtag hält es für geboten, die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe in den weiteren Prozess einfließen zu lassen und vor Abschluss der Beratungen Ende September 2011 keine Vorfestlegungen zu treffen.
9. Der Landtag hält es für notwendig, dort wo es ökonomisch und ökologisch vertretbar ist, verstärkt von der Möglichkeit der Erdverkabelung sowie der Verlegung von Altanlagen aus besiedelten Flächen heraus im Zuge der Trassenbündelung Gebrauch zu machen, um Widerstände vor Ort zu überwinden.
10. Der Landtag bittet die Bundesregierung eine Pilottrasse zur Höchstspannungs-Gleichstromübertragung als Nord-Süd-Achse auszuschreiben und parallel dazu ein Pilotprojekt zur Erprobung der Erdverkabelung von Höchstspannungsleitungen über längere Distanzen zu starten.
11. Der Landtag bittet weiter die Bundesregierung, Verhandlungen mit den Regierungen der Nachbarstaaten sowie Skandinaviens mit dem Ziel aufzunehmen, die dortigen Wasserkraftspeicher mit dem deutschen Strommarkt zu verbinden und den Bau der erforderlichen Leitungen aktiv voranzutreiben
12. Der Landtag bittet die Bundesregierung, ein Umrüstprogramm zur Bereitstellung von Systemdienstleistungen durch Photovoltaikanlagen auf der Verteilnetzebene aufzunehmen und ein Förderprogramm zur Entwicklung und zum Bau innovativer Stromspeicher wie z.B. Pumpspeicherwerke in aufgelassenen Bergwerken, Schwungradspeicher, Hubspeicherkraftwerke, regeneratives Methan in Erdgasnetzen zu starten.

Wiesbaden, 17. Mai 2011

Der Fraktionsvorsitzende

Tarek Al-Wazir